*Prof. Dr. Jutta M. Bott
Fachhochschule Potsdam
Fachbereich Sozialwesen
E-Mail: bott@fh-potsdam.de
Tel: 0331 - 580 1122*

Potsdam, im Februar 2017

FÜR DIE ZUKUNFT GERÜSTET

Wenn man nicht weiß, was man gut gemacht hat, kann man nichts besser machen. Auch die guten Geschichten sind zu erzählen, auf die man stolz sein kann, wo sich etwas entwickelt – auch wenn es vielleicht langsamer geschieht als man glaubte und man ungeduldig ist.

Und noch etwas ist wichtig: Kommunikation kann schief gehen, Nicht-Kommunikation wird schief gehen. Es gibt keine Alternative zum Diskurs.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, dass ich zu Ihnen in dieser Dialogwerkstatt zur Fortschreibung der Seniorenpolitischen Leitlinien der brandenburgischen Landesregierung sprechen darf. Ein großes Lob! Ich freue mich, dass die Landesregierung, speziell das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, nicht nur die Seniorenpolitischen Leitlinien von 2007 fortschreiben wird, sondern dass sie in enger Zusammenarbeit mit dem Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte einen partizipativen Prozeß eingegangen sind, dessen erste Arbeitsergebnisse Ihnen heute vorgestellt werden und auf deren Konsequenzen Sie heute weiter Einfluß nehmen können.

Dies ist ein richtiger und wichtiger Weg, denn wie hieß es seinerzeit 2007 – also vor genau zehn Jahren – in dem vom Berlin-Institut (für Bevölkerung und Entwicklung) angefertigten „Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg“¹:

„In manchen Brandenburger Dörfern wird die Bevölkerung 2030 *mehrheitlich* aus Alten und Hochbetagten bestehen, die dann prinzipiell einander pflegen müssten. Es werden kaum junge Menschen da sein, die diese Arbeit leisten – und es ist unklar, wer dafür aufkommt. Denn schon heute gibt es weder genug potenzielle Mitarbeiter noch ausreichend ökonomischen Spielraum für angemessene Pflegedienste.“ ... (ebd., S. 12)

¹ Berlin-Institut (2007) (Hrsg.): Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg“ – Expertise angefertigt im Auftrag des Brandenburgischen Landtages. Berlin: <http://www.berlin-institut.org/studien/gutachten-zum-demografischen-wandel-im-land-brandenburg.html>; http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/Brandenburg_Webversion.pdf [Zugriff 12.11.2008]

Die Chance sah das Institut darin, politische Gestaltungsräume deutlich mehr auf die Bürger/innen, d. h. Autonomie auf die lokalen Handlungsebenen zu übertragen. So hieß es:

„Häufig kann ein Problem von den Betroffenen gelöst werden. Ein Gemeinwesen wird sich darum von selbst – wie von ‚unsichtbarer Hand‘ gesteuert – auf die Erfordernisse einer Entwicklung einstellen, wenn entsprechende Handlungen Vorteile bringen und diese auf unbürokratische Weise ausgestaltet werden können.“ (ebd., S. 41)²

In diese Zielrichtung bewegt sich die Landesregierung, wenn sie kompetente Protagonisten wie die Akademie 2. Lebenshälfte, die Seniorenbeiräte und weitere Experten/innen einbezieht, ihren Gestaltungswillen ernst nimmt und von diesem Zusammenspiel aus aufbricht um seitens des Landes Rahmenbedingungen zu schaffen. Leitlinien können natürlich nicht das Ende sein. Sie beinhalten den Orientierungsrahmen, die Wertebasierung, die Politik für und mit Senioren/innen, den Gestaltungsrahmen im demographischen Wandel auszuloten. Danach muß es Gesetzesinitiativen, Förderrichtlinien, ggf. Modellprojekte und die Unterstützung der Kommunen geben. Aber gerade Modellprojekte – ob nun seitens des Bundes oder Landes gefördert – beinhalten die Gefahr, dass zwar etwas angeschoben wird, aber dann, wenn die Förderung ausgelaufen ist und trotz Bemühungen eine Weiterfinanzierung auf kommunaler oder wohlfahrtlicher Ebene nicht möglich ist, die aufgebauten Strukturen wegbrechen.

Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass ohne jegliche Steuerung, Koordination oder Moderation bestimmte zivilgesellschaftliche Engagementprozesse nicht zu dauerhaften stabilen Strukturen führen, die helfen die Situation des demographischen Wandels mit den Menschen angemessen zu handhaben.

Im November 2016 ist der 7. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht worden. Nachdem der 6. Bericht das Thema der sich wandelnden Altersbilder beleuchtet hatte, sind daraus viele Initiativen, Projekte und Strukturen erwachsen, die die Gestaltungsmöglichkeiten, die das Alter bietet, aufgreifen, aber auch die Möglichkeiten herausgearbeitet worden

² Ein weiterer Vorschlag lautete, „(d)ezentrale Bürgerverwaltung als Recht und als Pflicht“ einzuführen, so dass die Bürgerarbeit sich für die Betroffenen lohnt, weil sie ein fester Bestandteil des Gemeinwesens ist (ebd., S. 44). Um die anstehenden sozialen und ökologischen Aufgaben zu bewältigen, müssen neue Anreize für Arbeit geschaffen werden. Es ist nicht einzusehen, dass eine Gesellschaft, in deren ausgedünnten Regionen bis zu mehr als 20% Arbeitslosigkeit herrscht, nicht in der Lage ist über Umsteuerungsprozesse (Bürgergeld, bedingungsloses Grundeinkommen und andere Formen) Notwendigkeiten und Sinnhaftigkeiten (z. B. die Versorgung Älterer) bei Einsparpotentialen in den Sozialtransfers miteinander zu verknüpfen. Eine offensive Kommunikation der bevorstehenden dramatischen Probleme, eine „Einrichtung von Modellregionen“ kann die „Motivation zum Handeln“ und „Innovationskräfte der Gesellschaft“ wecken (ebd., S. 58).

dem Gemeinwesen, der Gesellschaft durch Engagement etwas zurückzugeben. Der jetzige Altenbericht hat den Berichtsauftrag „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“.

Wir haben in Deutschland eine föderale Struktur, die die gesellschaftlichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern und Kommunen verteilt und in den ihnen zugeteilten Bereichen eine Unabhängigkeit zuspricht, die sich natürlich in einem gesetzlichen Rahmen bewegen. In dem 7. Altenbericht steckt somit eine gewisse Brisanz, denn „die Kommune wird als wichtigste Gewährleistungseinheit der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wohnumfeld“ begriffen, so dass Merkmale einer „zeitgemäßen, aktivierenden lokalen Seniorenpolitik“ herauszuarbeiten waren. Daraus resultieren Empfehlungen seitens der Expertenkommission. Der Bund würde gerne dieses kommunale Vorgehen unterstützen und „befördern“, aber unser GG sieht aus gutem historischem Grunde diese Unabhängigkeit der verschiedenen Ebenen vor.

Folgende Kernaussagen bedürfen einer besonderen Beachtung, d. h. sie sollten in den Seniorenpolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg ebenso Beachtung finden.

- Eine zeitgemäße Seniorenpolitik muss die Ungleichheit der Lebenslagen und die Heterogenität des Alters berücksichtigen und Benachteiligungen entgegenwirken. Jenseits unserer persönlich-privaten Lebensgestaltung wirken sich im Alter insbesondere Unterscheidungsmerkmale wie die gesundheitliche Situation, ökonomische Ressourcen, Bildungswege und berufliche Möglichkeiten, die hinter uns liegen sowie Aspekte wie Migration und ggf. die sexuelle Orientierung aus. Seniorenpolitik kann nicht allen alles ermöglichen, aber sie muß die Kontext- und Kompositionseffekte in den Blick nehmen. „Ein Kontexteffekt würde z. B. vorliegen, wenn man nachweisen könnte, dass sich die infrastrukturelle Ausstattung eines Quartiers auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirkt“. Kompositionseffekte meinen hingegen die individuellen Bestimmungsfaktoren – beispielsweise der Wohnbevölkerung –, die zu nachweisbaren, geografisch zuordnenbaren Gesundheitsergebnissen führen (Dt. Bundestag, Drucksache 18/10210, S. 102).³ Auf dem Land sind andere Ungleichheitsfaktoren festzustellen als in den Ballungsräumen und Städten: Wegzug der Jüngeren, dadurch Anstieg der Alterung der Bevölkerung, Rückgang der Steuereinnahmen, Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung, schwierige Haushaltslagen der Kommunen (etliche Kommunen stehen unter Finanzaufsicht), langfristige Belastung nachbarschaftlicher und familiärer Netzwerke (ebd., S. 103), da

³ Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode: Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 18/10210, 02.11.2016.

unterstützende Strukturen weiter entfernt, teils die Angebote gar nicht erreichbar sind. Seniorenpolitik muß Gelegenheitsstrukturen schaffen, weil dadurch die Möglichkeiten für soziale Vergemeinschaftung entstehen. Lage und Anbindung, um an Öffentlichkeit teilzuhaben müssen beachtet und beeinflusst werden. Hier darf es keine Denktabus geben, und die Haltung muß sein, wie kann es gehen und nicht, was spricht alles dagegen, es so zu lösen. Wir haben in Deutschland vieles in höchstem Maße reguliert. Es geht um Schutz, Sicherheit, Gesundheit, Haftung, Verantwortung, wer ist „schuld in einer modernen Gesellschaft“ und muß ggf. zahlen. Wir sollten – wo es sinnvoll ist – dem entgegenwirken und als Grundhaltung uns klar machen, das Leben ist auch Risiko.

- Wenn eine Sorgeübernahme und Mitverantwortung in der Kommune, eine Stärkung der Zivilgesellschaft sinnvoll und damit gewollt ist, muß Seniorenpolitik einen Schwerpunkt auf eine aktive Engagementförderung legen. Die Babyboomer, die ab 2020 in Rente gehen – so dass innerhalb von 12 Jahren ca. 27 % der arbeitenden Bevölkerung aus dem Erwerbsleben ausscheiden –, sind eine Kohorte, die zwar auch von großer Heterogenität gekennzeichnet ist, aber sie war auch die Nachkriegskohorte, die von guten Bildungs- und Berufsverläufen profitiert hat. Von den Babyboomern – ohne den Sozialstaat aus seiner Verantwortung von Pflichtleistungen entlassen zu wollen – ist zumindest von großen Teilen ein Engagement für das Gemeinwesen, für den anderen wünschenswert, ich denke auch zu erwarten. Aber Engagement braucht Strukturen, Aktivierung, eine gewisse Betreuung und „Umsorgung“, so dass es langfristig trägt. Die jahrzehntelange Treue nur für die Ehrennadel eines Verbandes und öffentliche Benennung an der Weihnachtsfeier ist nicht mehr selbstverständlich. Die Engagierten von heute möchten für sich auch eine win-win-Situation. In dem vorher schon erwähnten Gutachten hat das Berlin-Institut 2007 gesagt, dass der Staat „bürgergesellschaftliches Engagement fordert, aber ‚staatliche Regelwerke‘ oft die Aktivität der Initiativen entmutigend behindern würden“ (Berlin-Institut 2007, S. 27). Ich kann nicht wirklich beurteilen, wie es sich heute 10 Jahre später für Sie darstellt. Vielleicht könne die anwesenden Seniorenbeiräte dazu später Stellung nehmen. Sollte es immer noch so sein, bitte ich darum, dass Politik und Verwaltung eine Haltung des Ermöglichens einnehmen: Welche Regelungen sind unabdingbar, wo kann ich die Bürger/innen machen lassen, dass Dinge funktionieren.
- In einer Gesellschaft des langen Lebens kommt der gesundheitlichen Prävention eine große Bedeutung zu. Hier muß Seniorenpolitik den Weg bahnen, dass die relevanten Akteure vor Ort zusammenarbeiten, dass Pflege- und Krankenkassen mit diesen Akteuren kooperieren, nicht versäult vor sich hinarbeiten und einzelne

Präventions- und Beratungsangebote nur ihren Versicherten unterbreiten, wozu sie im Moment lediglich verpflichtet sind. Hier ist Handlungsbedarf, integrierte Gesundheitskonzepte zu entwickeln, Kommunen seitens der Politik in ihren Handlungsmöglichkeiten zu stärken und den Gedanken des Sozialraums mit Leben zu füllen. Aber – auch das sei gesagt – gerade, was die persönliche Gesundheit betrifft, ist eine persönliche Verantwortungsübernahme spätestens ab dem mittleren Erwachsenenalter notwendig. Bei allem Bemühen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die aus den Lebensbedingungen erwachsen auszugleichen, bleibt ein Teil in meiner Verantwortung. Es kann nicht nur nach „dem Staat“ gerufen werden.

- Treten Pflege und Hilfsbedürftigkeit auf, sind vernünftiges Care- und Casemanagement notwendig. Auch hier sind die Kommunen zu stärken, Mittel der Pflegekassen heranzuziehen.
- Da fast jeder ältere Mensch im vertrauten Umfeld – und sei es auch in einem größeren Radius um das bekannte Quartier herum – selbstbestimmt alt werden möchte, müssen Wohnungswirtschaft und Kommunen noch viel stärker zusammen arbeiten. Förderprogramme müssen aufgelegt werden, und sie müssen sozialräumlich gedacht und durchgeführt werden, um die Ressourcen und Strukturen eines Sozialraums nutzen und integrieren zu können. Das Programm Soziale Stadt hat gute Beispiele geliefert, an denen man sich ausrichten kann. Barrierefreie Gestaltung der Quartiere und eine Verbilligung von sinnvollen AAL-Produkten müssen sinnvollerweise im Fokus stehen.

Dass für diesen Blick auf das Älterwerden weitere sinnvolle neue Indikatoren auf sozialräumlicher, zumindest kommunaler Ebene erhoben werden müssen, ist so und wird hoffentlich auch Eingang in die Politik finden, sich diesem Teil eines veränderten Berichtswesens zuzuwenden.

Vielleicht noch einige Bemerkungen, was es so mit der Sozialraumorientierung auf sich hat. Bei „Sozialraumorientierung (geht es) nicht darum, mit spezialisiertem Methodenarsenal und pädagogischer Absicht Menschen zu verändern, sondern darum, → Lebenswelten zu gestalten und Arrangements zu kreieren, die (...) Menschen helfen, auch in prekären Lebenssituationen [eben in ihrem Alltagsleben – JMB] zurechtzukommen.“⁴ Nicht Menschen werden „verbessert“, sondern Lebensbedingungen „unter aktiver Mitarbeit der Menschen“.

- Auf sozialstruktureller Ebene werden ungleiche Bedingungen hinsichtlich Einfluss, Besitz und Entwicklungschancen aus Sicht der Betroffenen einbezogen.

⁴ Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (2011): Fachlexikon der sozialen Arbeit, Berlin, 7. Auflage, 845.

- Auf der Organisationsebene stellen sich Fragen wie, was braucht jemand oder die Gruppe um möglichst „normal“ wie gesunde, nicht-behinderte, oder Menschen in prekären Lebenslagen zu leben, so dass Teilhabe und Befähigung nicht nur eine schnell daher gesagte Floskeln sind?
- Beim Netzwerkbegriff ist relevant, dass es nicht nur um eine Kenntnis der anderen im Sozialraum tätigen Partner wie Nachbarschaft, soziale Träger, Verwaltung, Vereine, Gewerbe, Betriebe, informelle und formelle soziale Beziehungsgefüge der Betroffenen geht, sondern dass eine möglichst ehrliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit wachsen darf, die einen Ausgleich von Benachteiligung unter dem Dach von Aktivierung, Befähigung, Partizipation und Verantwortungsübernahme anstrebt. Ferner ist entscheidend – und hier sind wir meilenweit entfernt – wie abteilungsisoliertes Denken, Versäulung im Leistungsrecht, in der Verwaltung, bei den ausführenden Trägern und in den Hilfen Stück für Stück verändert werden kann. Unser soziales Leistungsrecht basiert auf einem zu definierenden Mangel, Bedürftigkeit und Defiziten, die „behoben“ werden sollen. Das ist ein völlig anderer Blickwinkel, als in der Sozialraumorientierung.
- Die stärksten Änderungen hat es im Verständnis vom Gegenüber gegeben. Den Menschen auf Augenhöhe wahrnehmen, mit ihm verhandeln statt ihn vorrangig zu behandeln, zu betreuen, grundsätzlich besser zu wissen, was er oder sie braucht. Stattdessen seine Stärken, Willen und Interessen wahrnehmen, klären und im Sinne einer Selbstbemächtigung ihm ggf. helfen, diese aktiv einzusetzen.⁵ In der Sozialraumorientierung geht es um Ressourcen, die jemand auch in seinem schwierigen, ggf. von Armut und Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Leben hat, die er/sie einbringen kann und die in der Zusammenarbeit mit den Trägern und Leistungserbringern genutzt werden. Das ist der Idealfall, und natürlich gibt es auch da Probleme, dass Menschen sich abgefunden und eingerichtet haben und „Hartz-IV“-Verläufe transgenerational weitergegeben werden.

Das, was ich hier versucht habe als Schlaglichter der künftigen Herausforderungen zu skizzieren, geht über das, was in der Vorbereitung der fünf Thementische steht, hinaus. Mit dem Auftrag versehen „Für die Zukunft gerüstet“ wollte ich das beitragen, was nicht so naheliegend ist, wenn ich über die Frage nachdenke, wie wollen wir alt werden, was soll die Politik für uns in den nächsten Jahren tun?

Es bleibt viel zu tun, auf Seiten der Politik und der Verwaltung, der Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam müsste es doch gelingen. Natürlich wird auch Unzufriedenheit herrschen, Vergleiche werden deutlich machen, dass es den einen gut geht, den

⁵ Ebd. S. 846.

anderen noch besser und dass gute finanzielle Ressourcen vieles im Altern leichter machen. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass finanzielle Mittel das eine, aber soziales Eingebundensein, Teilhabe, Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens das andere sind. Diese Entwicklung lebendiger Dörfer, Gemeinden und Stadtquartiere kann nicht verordnet werden, sondern muß gemeinsam mit den Menschen – Senioren/innen, aber auch alle anderen Altersgruppen – vor Ort gestaltet werden: sozialräumlich, ganzheitlich und partizipativ. Die Kommunen und deren Sozialräume müssen unter dem Schutzschild der Landesregierung und ihrer seniorenpolitischen Leitlinien diese Prozesse anstoßen, moderieren, die Akteure mit dem Notwendigen ausstatten, ermutigen und unterstützen. Der Sozialstaat darf sich nicht zurückziehen, aber ohne Tun seiner Bürgerinnen/Bürger bleibt er in vielen Teilen eher eine leere Hülse.

Auf diesem Weg tragen Sie heute dazu bei, so dass Brandenburg sich für die Zukunft rüstet. Dafür danke ich Ihnen, denn das, was dieser demographische Wandel bis ca. 2050/60 bedeutet, ist eine Herausforderung, die in ihrer Brisanz der Integration der geflüchteten Menschen aus meiner Sicht nicht nachsteht.

Bleiben Sie im Gespräch. Sprechen Sie auch über Scheitern, nicht nur über Leuchtturmprojekte. Häufig lernt man da am meisten, kann Luft holen und nachdenken. Aber vergessen Sie natürlich nicht die guten Geschichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.